

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Ausstellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmon-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzuzurechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 22. Jänner.

Dem Abgeordnetenhaus des Reichsrathes ist es gelungen, die allgemeine Aufmerksamkeit für einen Moment von den großen politischen Fragen ab und auf sich zu lenken. Es hat eine äußerst lebhafte Debatte geführt, nicht über den 10 Millionenkredit, die steht noch in Ansicht, sondern über die geheimen Fonds der Regierung. Dabei hat der Staatsminister v. Schmerling, der zum ersten Male nach seinem „Unwohlsein“ wieder in der parlamentarischen Arena erschien, einen vollständigen Sieg errungen. „Man scheint, wie die „Oest. Ztg.“ schreibt, auf gewisser Seite eine Schlappe des Staatsministers angekündigt zu haben, eine kleine Niederlage, welche das Vertrauen Schmerling's im Amte in Zweifel gestellt hätte: kein Misstrauensvotum mit Ecclat, bei Leibe nicht, aber so einen Seitenhieb glaubte man bei Beratung des geheimen Fonds der Majorität des Hauses anbringen zu können. Der ehemalige Minister, Herr Graf Anton Szecsen, fand den Moment so interessant, vielleicht auch so wichtig, daß er bei dieser Gelegenheit zum ersten Male, unseres Wissens, die Voge mit seinem Besuch beehrte, und magyarische Berichterstatter ließen sich wieder im Publikum sehen. Der Ausgang jedoch scheint die Erwartungen so mancher getäuscht zu haben.

Schmerling entschied mit seiner Redegabe und seiner scharfen Argumentation den Kampf. Seine Rede war seit der berühmten Adressdebatte im Jahre 1861 offenbar die glänzendste. Den gewichtigsten Gegner Herbst widerlegte er Stück für Stück, die anderen rannte er mit einem Stoß nieder. Beim Schluß seiner Rede brach das Haus in Applaus aus; in allen Abstimmungen blieb er unbedingt Sieger.

Der Kreti wird nicht so heiß gegessen als er gekocht wird, dachten wir, als die Nachrichten von dem Konflikt im Bundestage wie schlimme Sturm vögel eintrafen. Und das Sprichwort hat Recht. Die Spannung zwischen den beiden Großmächten und den Mittelstaaten läßt nach, indem gegenseitig Konzessionen gemacht werden. Die österreichisch-preußische Erklärung: „die beiden Großmächte würden den Konsequenzen der Bundesbeschlüsse vom 7. December v. J. (Ausführung der Bundes-Exekution in Holstein) und vom 14. Jänner d. J. (Ablehnung der Okkupation von Schleswig) nicht entgegentreten und die Instruktionen der Bundes-Kommissäre nicht ändern, sofern der Durchmarsch ihrer Truppen durch Holstein nicht gehindert würde“, soll im Allgemeinen günstig aufgenommen sein, und erwartet man, daß der Ausschß auf Grund derselben einen Antrag zur Ausgleichung der Differenz zwischen den Großstaaten und der Majorität der Bundesmitglieder einbringen werde. Die bayerischen Blätter lassen sich aus Frankfurt melden, daß am 18. d. also am Tage vor Abgabe der österreichisch-preußischen Erklärung, die vereinigten Ausschüsse eine Sitzung von außerordentlich langer Dauer gehalten haben, und daß ein Kompromiß zwischen Österreich-Preußen und der Majorität vom 14. d. im Werke sei. Wir hegen die berechtigte Hoffnung, daß er zu Stande kommt; ein Einlenken ist überall bemerkbar, selbst bei den national-vereinlichen Blättern. Die dritte Gruppe ist denn doch zu schwach, gegen die Großmächte aktiv aufzutreten zu können.

72. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 21. Jänner.

Auf der Ministerbank: Ihre Exzellenzen die Herren Minister v. Schmerling, v. Lasser, v. Plener. Bertheilt wird der Bericht der Staatschulden.

Kontrollkommission über die Befolgung des Art. VI des Finanzgesetzes für 1863.

Die dritte Lesung des Luxussteuergesetzes wird vorgenommen.

Sartori beantragt namentliche Abstimmung. (Abgelehnt.)

Das Gesetz wird mit 67 gegen 54 Stimmen angenommen.

Berichterstatter v. Lasser verliest den Bericht des Finanzausschusses über die Nachtragsforderung von 525.000 fl. politische Verwaltung.

Gegen den Ausschusstantrag nimmt das Wort Sartori. Er erkennt die Nothwendigkeit geheimer Fonds an, um auf die öffentliche Meinung zu wirken; doch können dieselben nur Staatsmännern bewilligt werden, zu denen man Vertrauen hat. Obgleich er die bisherige Verwendung der betreffenden Gelder nicht für weise halte, würde er vor 14 Tagen für die Bewilligung gestimmt haben. Säidem habe die auswärtige Politik eine Wendung genommen, über welche man jedenfalls Aufklärungen abwarten müsse. Er beantragt die Vertragung der Debatte bis nach der Beratung über die Nachtragsforderung von 10 Millionen. (Unterstützt.)

Berger gegen den Vertragungsantrag. Die Bewilligung der 525.000 fl. zu allgemeinen Staatszwecken habe mit dem Vertrauen nichts zu thun. Sind sie nothwendig, so müssen sie bewilligt, sind sie nicht nothwendig, so müssen sie verweigert werden. Die Vertragung wäre eben schon ein Misstrauensvotum, und das könne man nicht geben, bevor die Regierung Aufklärungen über ihre mysteriöse Politik ertheilt habe. Der Vertragungsantrag wird abgelehnt.

Es wird zur Spezialdebatte übergegangen und der Titel des Gesetzes angenommen.

Zu Art. I wiederholt

Herbst seinen schon im Finanzausschusse gestellten Antrag, nur 378.500 fl. zu bewilligen, und die Verwahrung, daß in der Bewilligung ein Vertrauens-, in der Verweigerung ein Misstrauensvotum liege. Diese Forderung komme zum ersten Mal an das Haus und müsse also um so eingehender geprüft werden. Die Forderung habe außerdem die eigenhümliche Geschichte, daß sie durch den Finanzausschuss provocirt werden müsse. Im vorigen Jahre seien nur 378.500 fl. für dieselben Zwecke verausgabt worden, und darauf gründe sich sein Antrag. Der geforderte Betrag verdopple sich dadurch, daß die großen Privilegien der Stempelfreiheit, des Monopols der amtlichen Ankündigungen auch nur zur Erhaltung einer großen Menge offizieller Zeitungen ausgebeutet wurden. In Preußen wurde für den Pressfonds eine viel geringere Summe begehrt und verweigert, allerdings aus Gründen, welche bei uns nicht zutreffen.

Für den Zweck, Österreich und dessen Regierung günstige Stimmungen zu erzeugen, sei die benötigte Summe viel zu hoch. Er unterschätzt den Einfluß der periodischen Presse nicht, aber allmächtig sei der Einfluß nicht, am wenigsten der bezahlten Stimmen; Entnützung trete um so stärker ein, wenn den Worten nicht Thaten folgen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeige auch, daß nicht immer die richtigen Mittel gewählt werden. Es sei Pflicht der Regierungspresse, den Reichsrath bei seiner unglaublich schwierigen Aufgabe zu unterstützen, statt dessen seien, so oft nicht unbedingt Ja gefragt wurde, die Versammlung und einzelne Mitglieder derselben auf die empfindlichste Weise angegriffen worden. Weit entfernt für jedes Wort einer Zeitung die Regierung verantwortlich machen zu wollen, müsse er doch darauf hinweisen, daß die Beeinflussung einen Wetteifer, der Regierung gefällig zu sein, hervorrufe. Zumal in der ausländischen Presse sei die Meinung verbreitet worden, daß das h. Haus von einzigen Christen allein geleitet werde. Für die Erhöhung der Summen spreche nichts, und der Einfluß der Presse

werde offenbar überschätzt, wenn man ihr in Zeiten, wie diese, unbedingte Gewalt über die öffentliche Meinung zutraue.

Bei Beginn der Finanzperiode müßte die Regierung glauben, solche Ausgaben gar nicht zu brauchen, sonst würde sie deren Bewilligung verlangt haben. Er bitte die Versammlung, die Frage objektiv und sachgemäß zu prüfen. (Bravo.)

(Freiherr v. Mecsey, Freiherr v. Burger und Dr. Hein kommen.)

Der Antrag wird unterstützt.

Stamm spricht als Journalist für den Ausschusstantrag. Als solcher habe er bedauert, daß diese Position nicht schon früher im Budget zur Verhandlung gekommen sei. Die Regierung dürfe sich nicht auf die ausschließlich von Beamten gelesenen amtlichen Zeitungen verlassen, mit der Pressefreiheit sei ein Pressfonds unerlässlich verbunden. Regierung und Volk dürfen nicht immer auf den letzten Erfolg der Thaten warten. Was für die parlamentarischen Verhandlungen, das spreche für die Diskussion in dem größeren Parlamente der Journalistik. Wäre die letzte That in der schleswigischen Frage vorher gehörig diskutirt worden, würde der Eindruck vielleicht ein anderer gewesen sein. Was bedeute dem gegenüber eine halbe Million? Jede Regierung, jede Partei brauche und habe ihre offiziellen und offiziösen Organe. Er sei für die ganze Summe.

Berger. Es handle sich doch immer um anonyme Zwecke, und die erregen stets Bedenken. In einer Zeit, welche die ererbten Nebenstände beseitigen soll, möge man nicht die Zeit, aus welcher diese stammten, sich zum Muster nehmen. Der Vorredner habe eine zu idyllische Vorstellung. Wenn die Früchte der jüngsten Politik reifen, wird sich zeigen, ob diese Politik wert war, Geld für sie auszugeben. Im Falle einer Ministerkrise könne es kommen, daß zwei Minister in ihren Organen mit einander Krieg führen und doppelte Kosten bezahlt werden müßten. Er beantragt nur 300.000 fl. zu bewilligen. (Unterstützt.)

Schindler. Die Frage, ob Vertrauens- oder Misstrauensvotum, sei weder vom Hause, noch von dem Finanzausschuss aufgeworfen worden, und er selbst habe nicht die Absicht gehabt, sie herbeizuführen. Ein Minister habe im Finanzausschuss gesagt: Österreich im Auslande zu Ehren zu bringen, gebe es nur das Mittel der Presse. Er glaube, daß es andere Mittel gebe. Er beklagt sich über Angriffe auf das Haus und die Behandlung der Verhandlungen derselben in den offiziellen Zeitungen, namentlich in der „Wiener Zeitung“, welche nur die Reden der Minister vollständig gebe. Die angeblichen Neußerungen des Generals Gondrekourt seien unzählige Mal berichtigt worden, den Angriffen auf das Haus aber werde durch Jahre nie entgegengetreten, und das gestatte einen Schluß auf die Gesinnung der Regierung gegenüber dem Hause. Redner bezeichnet eine Anzahl verschiedener Parteien im Ministerium, für deren verschiedene Zwecke der Fonds werde benutzt werden. Er werde für Verwaltung der ganzen Summe stimmen.

Graf Kinsky: Er wolle die Frage des Pressfonds außer Acht lassen, da in der Note des Staatsministeriums, mit welcher die Forderung gestellt wurde, von denselben gar nicht die Rede sei. Er siehe auf dem Verfassungsstandpunkte, und da das Vorgehen der Regierung ihm in verschiedenen Punkten nicht mit der Verfassung in Einklang zu stehen scheine, sei er aus Mangel an Vertrauen gegen jede Bewilligung.

Freiherr v. Tinti: Ein Dispositionsfond entziehe sich als solcher jeder eingehenden Kritik, und es könne nur davon die Rede sein, ob man zur Regierung das Vertrauen habe, daß sie denselben zum Wohle des Staates verwenden werde oder nicht. Indem er den Ausschusstantrag befürwortet, stelle er den formellen Antrag, daß die Abstimmung des Art. I

ohne Bifser erfolge, somit zuerst prinzipiell über die Bewilligung abgestimmt werde.

Dr. Brinz: Die Frage der Bewilligung sei jedenfalls eine Vertrauenssache, da es sich um geheime Fonds handle, und deshalb habe er für Stene gestimmt. Mit derselben Offenheit, mit welcher er bisher den Staatsminister in allen Punkten vertheidigte, mit derselben müsse er bekennen, daß er das Vertrauen vorläufig für jenen Tag aufzuschieben müsse, bis irgend eine Aktion die Politik derselben klar an den Tag bringen würde. Wenn die Bewilligung auch keine Vertrauenssache sei, so könne die Nichtbewilligung geheimer Fonds doch nicht von Vertrauen Zeugnis geben. Aber man dürfe an das Vergangene nicht vergessen, nicht an die Verdienste, welche der Staatsminister sich in der vorigen Session um die Verfassung bei Gelegenheit der Budgetberathungen erworb. Da man aber über die weitere Politik des Staatsministers sich noch kein klares Bild machen könne, bleibe vorläufig nichts übrig, als den finanziellen Standpunkt des Dr. Herbst anzunehmen, und für diesen werde er auch sprechen.

Dr. Herbst: Man könne parlamentarische Übungen Englands nicht auf Oesterreich anwenden. Dort mache man die Bewilligung geheimer Fonds zur Vertrauenssache und das habe die Bedeutung einer Kabinetsfrage, welche sie in Oesterreich nicht haben könne. Redner erklärt sich für den formellen Antrag Tinti.

Dr. Schindler erklärt sich ebenfalls für den formellen Antrag Tinti, denn dann könne er für das Prinzip der Bewilligung stimmen, und wenn die Bifser zur Abstimmung kommt, jeden Kreuzer verweigern.

Berichterstatter Dr. Tuschel befürwortet den Ausschlußantrag.

Staatsminister v. Schmerling: Der Antrag habe in der Rede des Dr. Herbst die umfassendste und gründlichste Beleuchtung gefunden und dieser wolle er sich vorzugsweise zuwenden, wobei er aber nicht unterlassen werde, auch auf die anderen gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe zurückzukommen. Es wurde vor Allem das Besremden an den Tag gelegt, daß man überhaupt mit dieser Position nicht bei Einbringung des Voranschlages, sondern erst dann vorgegangen sei, nachdem von Seite des Finanzausschusses verschiedene Fragen dahin gerichtet worden sind. Das sei nun allerdings wahr, daß erst in der gegenwärtigen Session von Seite der Regierung die Forderung von 525.000 fl. gestellt wurde. Darüber wolle er die gewünschte Auskunft geben, die auch die Vorwürfe des Grafen Kinsky, als würden von der Regierung nicht votierte Summen verausgabt, auf das rechte Maß zurückführen werde. Als es sich für ihn darum handelte, das Verfassungsleben in Oesterreich in Angriff zu nehmen, könne ihm die Wichtigkeit und Bedeutung der Presse in keiner Weise entgehen. Es konnte ihm aber ebenso wenig das Bedürfnis entgehen, daß in anderer Richtung von Seite der Regierung gewirkt, daß ihr aber auch dazu gewisse Gelder zur Verfügung gestellt werden müssen. Es hat sich darum gehandelt, in allen den Richtungen die gehörigen Erfahrungen zu machen, Verbindungen anzuknüpfen und sich klar zu machen, mit welchen Mitteln der beabsichtigte Zweck erreicht werden könnte. Es war daher in der Lage der Dinge

begründet, daß die Regierung ursprünglich über die nothwendige Summe nicht klar war, weshalb sie auch nicht bei der Verhandlung über das Budget 1863 mit der Forderung vortrat und zuerst das Ergebnis der Verausgabungen im laufenden Verwaltungsjahre abgewartet werden müste. Dann ist die Regierung pflichtgetreu mit der Forderung vor das Haus hingetreten. Dr. Herbst hat nachzuweisen gesucht, daß die geforderte Summe für Oesterreich eine viel zu bedeutende ist. Er hat dieser Summe gegenüber jene Dotation in's Feld geführt, die in einem benachbarten Staate in Anspruch genommen wurde. Er müsse bekennen, daß, wenn diese Bifser die Wahrheit wäre, was er übrigens sehr zu bezweifeln in der Lage sei, er doch finde, daß die Verhältnisse höchst verschieden sind, indem die Verfassungszustände Oesterreichs ganz andere seien, als die Preußens. In Oesterreich sei dieselbe in vielen Theilen des Reiches noch gar nie zur Geltung gekommen, während sie in Preußen nur momentan außer Wirksamkeit getreten ist.

Ohne die preußische Regierung verdächtigen zu wollen, halte er es für eine Unmöglichkeit, daß jene 30.000 Thaler die einzigen Mittel seien, die der preußischen Regierung für diese Zwecke zur Verfügung stehem. Mit diesen Mitteln könne man weder für Zwecke der Presse noch der Sicherheitspolizei ein Resultat erreichen, und er müsse daher annehmen, daß der preußischen Regierung noch anderweitige Mittel zur Verfügung stehem, oder wenn dies nicht der Fall ist, auf andere Weise herbeigeschafft werden, nämlich von Parteien, die dort bestehen und zu ihrem Zwecke große Summen aufzubringen, die eben auch zu Zwecken der Regierung ihre Verwendung finden, wenn diese Partei mit der Regierung geht. Das Beispiel Preußens sei eben auf Oesterreich nicht anwendbar und wer Beispiele sucht, sehe auf einen südlichen Staat, wo eine Summe von 9 Millionen Franks für Zwecke der Presse allein bestimmt wird, er wolle übrigens der Politik dieser Regierung damit nicht das Wort reden. Dr. Herbst habe sich über die Zwecke, welche mit dieser Forderung verbunden sind, ausgesprochen. Dem wolle er entgegenhalten, daß ja der Zweck ein nicht bekannter sei, weil er eben nicht für Zwecke der Presse, sondern als allgemeiner Dispositionsfond in Anspruch genommen wird. Man hat eben nur vermeint, daß er für Zwecke der Presse bestimmt ist, das sei aber, wie er wiederholt bemerkte, nicht der Fall. Wäre es der Fall, hätte sich die Regierung nicht gescheut, diesen Titel ganz offen auszusprechen. Es ist ein allgemeiner Dispositionsfond, der nicht für das Staatsministerium, sondern im Interesse der Regierung im Allgemeinen verwendet werden soll, wobei aber der Ausspruch, ob eine Ausgabe auch in einem anderen Ressort geschehen soll, rein vom Ermessen des Staatsministers abhängt. Es gehört zu den Unmöglichkeiten zu beurtheilen, ob die Summe zu groß sei oder nicht, wenn über die Art der Verwendung keine Daten vorliegen. Aber abgesehen davon, könne er nicht zugeben, was Dr. Herbst über die Nichtbedeutung der Einführung seitens der Presse angeführt hat. Der Herr Redner bemerkte richtig, daß es Thaten seien, mit welchen die Regierung Erfolge erringe. Er würde sich unbedingt dieser Theorie anschließen und sich unbedingt jeden Einflusses auf die Presse begeben, wenn von Seite der anderen Parteien dasselbe geschehe. Wenn dort Passivität eintritt, dann werde

von Seite der Regierung, das verspreche er, nicht ein Groschen auf die Presse verwendet werden (Bravo), aber man müsse mit gleichen Waffen kämpfen, und daß die Presse ein höchst bedeutendes Mittel in der ganzen zivilisierten Welt sei, darüber wolle er weiter kein Wort verlieren.

Dr. Herbst wies auch darauf hin, daß die Presse nur vorübergehende Erfolge erzielen könne. Das gebe er zu. Die Weltgeschichte geht am Ende über alle Ereignisse zu Gericht und er sei ganz beruhigt darüber, daß das Urtheil, welches vielleicht nach Jahren über einzelne Thatsachen gefällt wird, ein ganz anderes ist, als welches sich gegenwärtig hinstellt. Allein die Regierung könne nicht bei ihren Maßnahmen auf den Erfolg nach Jahren rechnen, sie müsse momentan in die Ereignisse eingreifen. So lange der Moment benutzt wird, um gegen die Regierung aufzutreten, müsse die Regierung auch den Moment benützen, um ihren Standpunkt zu kennzeichnen (Bravo.) Der größte Vorwurf, welcher der Regierung oder den von ihr inspirirten Organen gemacht wurde, ist, als wäre von Seite der offiziösen Presse eine systematische Opposition gegen das Abgeordnetenhaus, ein unangemessener und unerlaubter Angriff geschehen. Gegen diesen Vorwurf müsse er sich feierlichst verwahren. Herr Abg. Schindler war gerecht genug zuzugeben, daß dies am Ende nicht unter Einwirkung der Regierung geschehen sei. Er erkläre auf das Feierlichste, daß er nichts mehr zurückgewiesen hätte, als wenn die Aufforderung an ihn herangetreten wäre, direkte Angriffe gegen das Abgeordnetenhaus oder gegen einzelne Persönlichkeiten durch die offiziöse Presse zu befürworten. Diese Erklärung spreche er offen und ehrlich aus, wie er in der That da nur seinen Empfindungen Worte gebe. (Bravo.) Wenn es trotzdem geschehen ist, so liege der Grund darin, daß es eben unter die Unmöglichkeiten gehört, daß der Minister von jedem Artikel, der allenfalls in einem ihm befreundeten Blatte erscheint, Einsicht nimmt. Er könne unumwunden behaupten, daß er oftmals in Blättern, zu welchen er in Beziehung steht, Artikel gelesen habe, die ihm selbst unangenehm waren, und die gewiß nicht erschienen wären, wenn er von ihrer Richtung bei Seiten Kenntniß gehabt hätte. Das schwerste aber, was vorgebracht wurde, seien die Bemerkungen des Grafen Kinsky, und da fühle er sich verpflichtet im Namen der Regierung eine unumwundene Erklärung abzugeben.

Herr Graf Kinsky mag es mit seinen Anschauungen über die Politik der Regierung halten, wie er immer vermeint; das sei eben Gegenstand der Meinung, die einen finden die Politik der Regierung angemessen, die anderen tadelnswert. Das sei parlamentarisches Leben, daß die Regierung entweder vertheidigt oder angegriffen wird. Aber wenn die Angriffe dahin gehen, die Regierung einer Verfassungsverlelung zu beschuldigen, dann sei, wie er glaube die Regierung verpflichtet, diesem Angriffe auf das Entschiedene entgegen zu treten und er stelle die Thatsachen, die Graf Kinsky als Verfassungsverlelung erklärte, entschieden in Abrede. Er wolle noch zum Schluß jenes Moment kurz erörtern, das in allen Reden seinen Ausdruck fand, inwiefern nämlich dieses heute abzugebende Votum als ein Vertrauensvotum- oder ein Misstrauensvotum anzusehen sei. Während der ganzen Verhandlung im Ausschuß habe

Feuilleton.

Laibacher Plaudereien.

(Momentaner Umschwung in der Temperatur — Gefrore — Eine komische Verwechslung — Ballchronik — Das Casino — Bom Narrenabend.)

Die Quetschbäume, welche seit Neujahr mit seltener Beharrlichkeit 12—18 Grad unter Null sich hielt, ist gestern zum ersten Male wieder in jene Region des Thermometers emporgestiegen, wo sich die Striche für das befinden, was wir „Wärme“ nennen. Man konnte nun dafür halten, daß die strengste Periode des Winters vorüber sei und könnte ferner in der Neigung zum Scirocco schon ein lindes Frühlingswesen verspüren; allein, so weit sind wir noch nicht, heute bereits zeigt der Thermometer wieder 10 Grad unter Null. Die Kälte hat viele Opfer an Menschen und Thieren gefordert; aus verschiedenen Gegendem kommen Nachrichten von Erfrierungen. Im hiesigen Zivilspitale hat man vollauf zu thun gehabt, indem namentlich viele Leute vom Lande gebracht wurden, die einzelne Glieder, Nasen, Ohren, Hände &c. erfroren hatten. Die „Gefrore“ bilden gegenwärtig eine Haupttrubrik in den Klagen und Leiden der Menschheit, und die Verkäufer von Geheimmitteln gegen dieselben machen glänzende Geschäfte. Die Zahl der „probaten“ Mittel gegen Frostbeulen ist so groß, wie die gegen Zahnschmerz und Kahlköpfigkeit, und in der Wirkung sind sie alle gleich. Ein Herr, welcher schon längere Zeit eine vielgepriesene Haarwuchs-

beförderungspomade gebrauchte, bekam auch eine Frostbeule an dem Fuße, und er kaufte sich, um sie zu vertreiben, eine „Gefroresalbe.“ Eines Tages verwechselte er die Ziegel und salbte sich das Haupt mit Gefroresalbe, während er das „Mittel gegen Kahlköpfigkeit“ auf die frische Zehe strich. Letztere wurde allsobald besser, und das Ausfallen der Haare hat seitdem bedeutend nachgelassen. Der besagte Herr beabsichtigt nun öffentlich die Haarpomade als private Gefroresalbe und die angewendete Gefroresalbe als „untrügliches Mittel, sich ein schönes volles Haupthaar zu erhalten“, dem Publikum anzuraten.

Der Fasching kommt mehr und mehr in Fluss; die Wogen der Vergnügungen steigen, die Eisrinde, welche unser soziales Leben umgibt, schmilzt, und Jeder beeilt sich um so rascher zu genießen, als die Dauer der lustigen Zeit so kurz ist. Die zweite Schiebstattunterhaltung vorigen Sonntag war ziemlich zahlreich besucht und sehr animirt, was sich daraus ergab, daß nur sehr Wenige die Gesellschaft frühzeitig verließen; die meisten blieben bis zum frühen Morgen beisammen. Die dritte Unterhaltung, welche Morgen stattfindet, verspricht noch mehr besucht zu werden. Nur wäre zu wünschen, daß die Räume etwas mehr durchheizt würden.

Der erste Ball im Casino ist glänzend ausgefallen. Was unsere Gesellschaft an Schönheit, Reichtum, Rang und Ansehen besitzt, war erschienen, und in dem lichterfüllten Saale schien Titania mit den Elfen ihren Hofstaat aufgeschlagen zu haben, so zahlreich war der Kreis von schönen Frauen und reizenden Mädchengestalten, deren Füßchen nach dem

Laufe der Musik über das Parquet flogen. Die Faschingsbälle im Casino sind so elegant und fein, daß man sich mit so Manchem versöhnt fühlen kann, was sonst zu tadeln ist. Da merkt das Auge des Uneinwirkten nichts von der Zerschrenheit unserer sozialen Verhältnisse, da sieht es nichts von einer Spaltung, da gewahrt es nichts von den erzwungenen Grenzen, die einzelne Kreise sich gezogen haben; Eleganz, Freiheit der Bewegung, freundlicher Verkehr, gemeinsame Lust deckt alle die Schäden, die sich sonst bemerkbar machen. Wer nicht mit gallischem Gemüthe eintritt in die sich hier bewegende Gesellschaft, der muß sich vergnügen, und ein lächerliches Bemühen ist es, dem Casino Verfall andichten zu wollen. Das Casino ist so nothwendig in Laibach, wie Oesterreich als Staat in Europa, denn immer wird es hier eine gebildete Gesellschaft geben, die eines Vereinigungspunktes bedarf. Den Faschingsbällen im Casino Eleganz und Frequenz absprechen wollen, heißt aber geradezu gegen die Wahrheit sinngem. Wir wenden uns an die kompetenteste Stelle, an die Damenwelt selbst, und fragen, ob wir nicht Recht haben? Gibt es noch einen Punkt in Laibach, wo sich reiche, reizende, geschmackvolle Toiletten in würdiger Umgebung so entfalten, so zeigen lassen, als im Casino? Gibt es noch einen Ort, wo die schöne Welt eine Massenwirkung ihrer zahllosen Metze so in Szene setzen kann, als im Casino? Wir erwarten den Ausspruch der Titania vom letzten Ball; sie muß uns bestimmen.

Das originellste, unterhaltendste, „feishest“ Faschingvergnügen wird umstreichig der bevorstehende

er dieser Richtung nie Ausdruck gegeben, er sei nur genötigt gewesen sich darüber auszusprechen, nachdem ihm von dem Abg. Schindler allerdings geschäfts-ordnungsmäßig die Bemerkung gemacht wurde, es dürfte vielleicht an dem sein, daß über diesen Gegenstand in Abwesenheit des Ministers abgestimmt werde, indem, wie der Herr Abgeordnete damals bemerkte, wohl unverkennbar das Votum etwas die Person und das die Person der Minister begleitende Vertrauen betreffe. Diese Aeußerung habe in zu der Erklärung veranlaßt, daß er allerdings in diesem Votum, wie es aussahen würde, einen Alt des Vertrauens oder Misstrauens erblicke. Wenn hente die Bemerkung gemacht wird, man wolle mit dem Votum weder ein Vertrauens- noch ein Misstrauensvotum abgeben, so habe er dagegen die Bemerkung zu machen, daß er das für eine Unmöglichkeit halte. Jemand einem Manne eine bestimmte Summe ohne Kontrolle zur Verfügung zu stellen, heißt: ihm Vertrauen schenken (Rufe: Sehr gut!) und sie ihm nicht zur Verfügung stellen, heißt: diesem Manne nicht trauen! (Allgemeiner Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der formelle Antrag Tinti wird angenommen.

Art. I. (ohne Ziffer) wird mit einm. Majorität angenommen, ebenso die Ziffer von 525.000 fl. (nur die Polen und einige deutsche Autonomisten dagegen).

Art. II. (Vollzug des Gesetzes) wird ohne Debatte angenommen.

Das Gesetz wird auch sogleich in dritter Lesung zum Beschuß erhoben.

Über Antrag des Präsidenten wird noch zur Beratung über die Regierungsvorlage betreff einige Änderungen des Gesetzes über den Notstandskredit in Ungarn geschritten.

Berichterstatter Dr. Stamm liest den Bericht. Der Ausschuß hat den einstimmigen Beschuß gefaßt, die Regierungsvorlage unverändert dem Hause zur Annahme zu empfehlen, und werden die 3 Artikel des Gesetzes ohne Debatte angenommen. (Nach diesem Gesetz können von den auf verzinsliche Vorschüsse an kleine Grundbesitzer bewilligten 6.500.000 fl. — 200.000 fl. auf verzinsliche Vorschüsse an die in Folge des Miswachses am schwersten getroffenen Gemeinden unmittelbar behufs Unterstüzung ihrer hilfsbedürftigen Angehörigen verwendet werden) Das Gesetz wird auch sogleich in dritter Lesung zum Beschuß erhoben.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag (engerer Reichsrath).

Österreich.

Wien, 20. Jänner. Die Kreditsforderung der Regierung ist noch immer Gegenstand eingehender Beratung in der ersten Sektion des Finanzausschusses. Bei der Diskussion, welche die Mitglieder dieser Abteilung sich auferlegt haben, sind wir auf die Ausführung einzelner Details beschränkt, die lediglich zur Charakteristik der Entwicklung der schwedenden Angelegenheit dienen sollen. Aus dem Schoße der ersten Sektion wird allem Anschein nach ein Antrag auf Ablehnung der Kreditsforderung nicht hervorgehen; vielmehr darf, wenn die Sektion mit Berücksichtigung der Stimmung arbeitet, wie sie sich in den letzten zwei Tagen, und heute entschiedener noch als gestern, in den Kreisen der Abgeordneten zeigt, angenommen werden, daß sich dieselbe für die Bewilligung des Kredites entscheiden, daß sie aber gleichzeitig für diese

Narrenabend werden. Nach Allem, was wir hören, wird er nicht nur besuchter werden, als man erwartete, sondern es werden auch sehr viele komische Gruppendarstellungen erfolgen, auf die man um so weniger gerechnet hatte, als sich Anfangs eine Verkenntung der eigentlichen Tendenz eines solchen Narrenabends bemerkbar machte. Allein, noch immer zögernd viele, den Entschluß, dabei zu erscheinen, zu fassen; sie möchten gern den tollen Schnack mitaufen, möchten aber auch keine besonders auffällige Maske anlegen. Diesen diene zur Nachricht, daß schon die einfache Schellenkappe genügt, um sich als Narr zu bezeichnen, und daß falsche Nasen, Perrücken &c., nebst irgend einer Veränderung im Anzuge, im Verein mit der Schellenkappe, als hinreichendes Narrenkostüm betrachtet werden. Da viele Theilnehmer in zwei, drei und vier verschiedenen Masken auftreten werden, so wird die Mannigfaltigkeit der komischen Erscheinungen sehr groß sein, und man wird kaum Augen genug haben, um alle die Wize, Satyren, Narrheiten, Persiflagen &c. betrachten zu können. Was wir bereits über die Vorlehrungen im Stilken erfahren haben, dürfen wir nicht ausplaudern, weil es dem Spaß die Spitze abbräte; aber so viel können wir sagen, daß der erste Versuch eines solchen Mummenschanzes ohne Zweifel glänzend gelingen wird.

Bewilligung eine Form wählen wird, die jeden Gedanken an eine Übereinstimmung mit der von der Regierung eingeschlagenen Politik mehr oder weniger entschieden ausschließen wird. Ob nun die Form einer Verwahrung, einer Resolution oder eines Misstrauensvotums gewählt werden wird, darüber fehlt jede Aindung; von allen drei Formen aber wird gesprochen und zwar selbst von Solchen, die dem politischen Ideengange des Ministeriums ziemlich nahe stehen.

Was die Erklärungen der Minister in der vorgestrigen Sektionssitzung betrifft, so gipfeln sie in der Unterscheidung zwischen dem Londoner Protokoll und den Stipulationen von 1851/52, Schleswig betreffend. Graf Rechberg, Herr v. Schmerling und ihre Freunde im Abgeordnetenhaus legen auf diese Unterscheidung viel Gewicht, betonen, daß in den Aktionen der Regierung nach keiner Richtung hin etwa eine Parteinaßnahme speziell für das Londoner Protokoll sich zeige; sie scheinen überdies — mindestens soll Aehnliches aus den ministeriellen Erklärungen zu entnehmen gewesen sein — zu erwarten, daß jene Unterscheidung in der nächsten Zeit mehr werde gewürdigt werden, als es jetzt der Fall ist.

Von dem weiteren Verlaufe der Dinge scheint die Regierung einen Umschlag in der öffentlichen Meinung zu erwarten; Graf Rechberg soll sogar vorgestern die Hoffnung auf einen Rückzug der auflaufenden Kosten von Seite des Bundes mit dem Bemerkung ausgesprochen haben, daß Deutschland, wenn Dänemark erst Widerstand leistet, sich wieder mit den Großmächten vereinigen, und die Sache als Bundes- sache ansehen und behandeln werde. (Pr.)

Ausland.

Berlin, 18. Jänner. Man sieht heute schwarz in unseren liberalen Kreisen. Die Instruktionen der preußischen Gesandten an den mittel- und kleinstaatlichen Höfen lauten peremptorisch und drohend. Den weiteren Protesten, versichern die Feudalen, werde Preußen mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen antworten, und sollte ein Appell an das Volk zur Verurteilung eines Parlaments erfolgen, so werde man mit allem Nachdrucke gegen die Revolution einschreiten.

Die Erklärungen des französischen Gesandten im auswärtigen Amt über Zweck und Ziel der Note des Herrn Trouyn de Chrys an die Mittel- und Kleinstaaten haben allem Anschein nach Herrn v. Bismarck befriedigt. Sollten jedoch gleichlautende Erklärungen auch in Wien abgegeben worden sein, so zweifelt man nicht, daß sie dort Bedenken hervorrufen müssen. Hier sucht und findet man die Befriedigung in der Erklärung, daß das Kabinett der Tuillerien sich jeder direkten Einmischung in die Herzogthümerfrage enthalten werde, weist seine guten Dienste durch die Rathschläge nach, welche in Stockholm gegeben und befolgt wurden, und lehnt jede Verantwortlichkeit gewisser Publikationen ab, welche die Rheinfrage in den Bereich der Kombinationen der nächsten Aktions-Politik des Kaisers zieben.

Berlin, 18. Jänner. Dem Bericht der Anleihe-Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses entnehmen wir die Erklärung, welche der Ministerpräsident v. Bismarck über die beim Bunde schwedende schleswig-holsteinische Erbsolgefrage abgegeben. Auf die Frage eines Mitgliedes, wie die Haltung der preußischen Regierung, die beim Bunde für die Entfernung des Erbprinzen von Augustenburg aus Holstein gestimmt, mit der Stelle des königlichen Schreibens in Einklang zu bringen seien: "Die Successionsfrage wird durch den Bunde unter Meiner Mitwirkung geprüft werden", erwiederte der Ministerpräsident: Dort sei eben von einer Prüfung, nicht von einer Entscheidung die Rede. Es liege in der Stellung Preußens als Großmacht, jeden Beschuß des Bundes selbstständig zu prüfen, nicht jeder Entscheidung desselben sich zu unterwerfen, eine Ansicht, welche unter anderen Umständen die Billigung der meisten Anwesenden gefunden haben würde. — Auf den weiteren Vorhalt der jenem Passus unmittelbar folgenden königlichen Worte, "und dem Ergebniß dieser Prüfung kann ich nicht vorgreifen", und die daran geknüpfte Bemerkung, daß im vorliegenden Falle der Bunde doch recht eigentlich auf dem Boden seiner Kompetenz stehe, fährt der Ministerpräsident fort: Die Kompetenz des Bundes, über die Successionsfrage zu entscheiden, sei eine durchaus bestrittene. Wenn der Bunde ein Vertrag souveräner Staaten sei, so bestehe die volle Souveränität für jeden Staat in allen Dingen fort, wo die Bundesverträge ihr nicht ausdrücklich eine Einschränkung auferlegen. Die Bundesverträge enthielten aber keine Bestimmung, aus der diese Kompetenz abzuleiten sei. Unzweifelhaft könnte die Bundesversammlung bei Prüfung der Legitimation eines Gesandten darüber bestimmen, ob sie ihn zulassen wolle oder nicht — von da bis zur souveränen Entscheidung des Erbsolgegerechtes in einem Bundeslande aber sei ein weiter Sprung. Man möge

ihm einen Präzedenzfall nennen, wo der Bunde über die Ansprüche von Prätendenten auf eine Succession entschieden, wo er es unternommen habe, den einen ab-, den andern einzusezen. — Niemand werde dem Bunde die Befugnis der Prüfung des Successionsrechtes in einem streitigen Falle absprechen wollen; er werde aber diese Prüfung so bedächtig, so langsam vorzunehmen haben, daß das Resultat derselben ein mehr als akademisches Interesse erlange, daß es vor dem europäischen Forum Stand halte. Wichtig werde der Bundesbeschuß in dieser Frage jedenfalls werden, auch für die freien Einschließungen Preußens. Neben-geus — so schloß der Ministerpräsident seine Erklärungen — wolle er, wie schon bei einer früheren Gelegenheit, versichern, daß das Misstrauen in einer solchen Frage zwischen ihm und dem Hause der Abgeordneten kein gegenseitiges sein solle. Es sei sein Wunsch, mit den von dem Hause legal bewilligten Mitteln in die Sache einzutreten. Würden diese aber verweigert, so werde er sie nehmen, wo er sie finde.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 23. Jänner.

Vorgestern begann beim hiesigen Landesgerichte die Schlussverhandlung in dem Prozesse gegen den früheren Redakteur und Herausgeber des „Napred“ Herrn Friedrich Vilhar und gegen den Buchdrucker Herrn A. Klein. Gestern erst wurde das Urtheil publizirt. Der Gerichtshof ging weit unter das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß (1 Jahr Kerker) herunter, und verurteilte den Angeklagten Vilhar zu 6 Wochen Kerker, verschärfte mit einem Fasttag in jeder Woche, und 300 fl. Kautionsverlust; der Angeklagte Klein wurde freigesprochen.

Am 1. Februar findet in den Lokalitäten der Schießstätte ein Ball zum Besten des Armenfondes statt.

Das gestern stattgehabte Concert des Frühlings-Hundevorwieg soll ziemlich gut besucht gewesen sein, und der Concertgeberin, sowie den Mitwirkenden viel Beifall eingetragen haben.

Der erste Jahresbericht der philharmonischen Gesellschaft ist an die Mitglieder verteilt worden. Bisher erschien alljährlich nur ein Rechenschaftsbericht und ein Mitgliederverzeichnis. Von heuer an wird hingegen eine Art Gesellschaftschronik herausgegeben werden, welche das ganze innere Leben des Vereins umfaßt und sich an die, den Mitgliedern bereits übergebenen Geschichte der Gesellschaft anschließt. Wir entnehmen dem vorliegenden ersten Berichte, daß die Gesamtzahl der Mitglieder im vergangenen Jahre 382 betrug, und zwar 61 Ehrenmitglieder, 103 mitwirkende (darunter der Männerchor mit 60 Mitgliedern) und 218 zahlende Mitglieder. Die Einnahme der Gesellschaft bezifferte sich mit 1998 fl. 30 fr., die Ausgabe mit 1906 fl. 43 fr.

Die Lokomotiven verkehren nun bereits lebhafter zwischen Klagenfurt und Villach. Am verflossenen Dienstag, den 19. Jänner, fand eine Inspektionsfahrt auf dieser Strecke statt, welche den Zweck hatte, die Möglichkeit zu konstatiren, daß die Fahrten zwischen Klagenfurt und Villach in besonders dringenden Fällen, wie es z. B. der eines italienischen Krieges wäre, sofort beginnen könne. Das Resultat derselben geht dahin, daß bei eintretenden außerordentlichen Eventualitäten diese Strecke binnen wenigen Tagen unbeanstandet und gefahrlos benutzt werden kann. Die Gründung dieser Bahnstrecke für den allgemeinen Verkehr findet aber erst am 1. Mai statt und wird die Fahrtzeit von Klagenfurt bis Villach mit Einführung des Aufenthaltes auf 1^{1/2} Stunde festgesetzt.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) In der nächsten Woche finden bei dem hiesigen k. k. Landesgerichte folgende Schlussverhandlungen statt: Am 27. Jänner: Martin Mandl — wegen schwerer Körperlicher Beschädigung. Am 28. Jänner: 1. Anton Kralis — wegen Diebstahl; 2. Lorenz Kersic — wegen schwerer Körperlicher Beschädigung; 3. Josef Tomec — wegen schwerer Körperlicher Beschädigung. Am 29. Jänner: 1. Franz Vorin — wegen schwerer Körperlicher Beschädigung; 2. Jakob Gostisa — wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit; 3. Johann Lustrek — wegen Diebstahl.

Wiener Nachrichten.

Wien, 21. Jänner.

Ihre Maj. die Kaiserin Karolina Augusta haben für die Truppen des nach Deutschland abrückenden 6. Armeekorps abermals 2000 Paar schafwollene Fußsöckchen und 2000 Paar wollene Handstügeln. Ihre k. k. Hoheiten die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Hildesgarde und Höchstderen Erzherzoginnen Töchter: 1000 Paar schafwollene Fußsöckchen und 1000 Paar Handstügeln, allernächstig zu spenden geruht.

Der Landmarschall-Stellvertreter von Böhmen, Dr. Wanka, der seine Stelle niederlegte, ist von Sr. Majestät in den Adelstand erhoben worden. An seiner Stelle ist der Bürgermeister von Prag,

Herr Vieisl, zum Landmarschall-Stellvertreter ernannt worden.

Der durch seine wissenschaftlichen Werke rühmlichst bekannte M. Dr. A. Elsinger ist vorgestern Mittag von der Staatsdruckerei heimkehrend, vom Schlag getroffen, plötzlich gestorben. Derselbe war 41 Jahre alt.

Frau Sophie Gräfin Goudenhoven, Hofdame Ihrer Majestät der Kaiserin Karolina Augusta, ist vorgestern um 4 Uhr Nachmittags verschieden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 23. Jänner. Erzherzog Ferdinand Mez soll am 2. Februar nach Brüssel abreisen. — Der dänische Minister Monrad erklärt, die November-Verfassung könne nur im verfassungsmäßigen Wege aufgehoben, Holstein in konstitutionelle Verbindung aufgenommen werden. — Der Finanzausschuss beantragt, den Nachtragskredit von 10 Millionen nicht zu bewilligen, dagegen 5 Millionen für die Bundesregierung zu votiren.

München, 21. Jänner. Die beabsichtigte Versammlung Abgeordneter der Mittel- und Kleinstaaten soll in Nürnberg stattfinden; die ersten Einladungen hierzu sind bereits ergangen.

München, 21. Jänner. Die heutige "Bayerische Zeitung" meldet in einer Frankfurter Korrespondenz: Das Referat des Freiherrn v. d. Pförrten über die Erbsorge sei noch nicht fertig und werde erst in fünf Tagen vollendet sein. Dieselbe Korrespondenz glaubt, daß der Bund bei festem Zusammenhalten der bundestrünen Staaten die Krise glücklich bestehen werde und beide Großmächte sich in kurzer Zeit durch die Situation gezwungen seien könnten, sich dem Bunde wieder zuzuwenden.

Frankfurt, 21. Jänner. Die vereinigten Ausschüsse des Bundesstages in der schleswig-holsteinischen Sache haben — wegen Dringlichkeit der Sache — einstweilen die Zivilkommission des Bundes, übereinstimmend mit den von Österreich und Preußen abgegebenen Erklärungen, beauftragt, dem Durchmarsch der österreichisch-preußischen Truppen durch Holstein keinerlei Schwierigkeit in den Weg zu legen. Ein

ebendahin lautender Antrag der vereinigten Ausschüsse wird der Bundesversammlung in ihrer nächsten Sitzung vorgelegt werden und ist dessen Annahme außer Zweifel.

Frankfurt, 21. Jänner. Die heutige "Europe" enthält ein Telegramm aus Paris folgenden Inhalts: Die französische Regierung ist entschlossen, in keinerlei Weise im deutsch-dänischen Konflikt thätig aufzutreten, so lange nicht alle Mitglieder des deutschen Bundes einig seien; die französische Regierung habe auf das Anringen der Kabinette von Berlin, Wien und London, gemäß des Vertrages vom Jahre 1852 zu handeln, ablehnend und mit Hinweis auf die dem Willen Deutschlands, als des meist interessirten Theiles, schuldige Achtung geantwortet.

Breslau, 21. Jänner. Die "Schlesische Zeit." schreibt: Am Sonntag beginnt die Beförderung der Österreicher von Breslau nach Berlin durch von 2 zu 2 Stunden abgehende Extrazüge. Der Güterverkehr wird auf der ganzen Bahnstrecke beschränkt.

Hamburg, 20. Jänner. Die Brigade Gondrecourt ist bereits aus dem Verbande der Bundesexekutionsarmee ausgetreten; dieselbe wird in das Hohenzollern'sche Korps eingetheilt und der vereinigten österreichisch-preußischen Armee unter Oberbefehl Wrangel's einverlebt. (Oest. Ztg.)

Hamburg, 21. Jänner. Die gestern hier eingekwartirten preußischen Truppen sind in der Richtung über Lübeck nach Dürenstadt abgegangen. Die Österreicher, welche morgen ausrücken, werden, wie es heißt, in drei Abtheilungen pr. Bahn nach Holstein befördert. Nachrichten aus Iyehoe zufolge ist die Nordsee soweit zugefroren, daß von der Insel Nordstrand nach Gellworm das Eis passierbar ist.

Altona, 21. Jänner. (Temperatur: 1 Grad Wärme.) Für Freitag sind sämtliche Eisenbahnwaggons höher bestellt und wird alle zwei Stunden ein Militärzug nordwärts abgehen. In einer Verordnung der Bundeskommission an die holstein-lauenburgischen Polizeibehörden heißt es u. a.: Die an einzelnen Orten gemachten Versuche zur Organisirung von Wehrvereinen veranlassen uns, die Wachsamkeit der Behörden auf die Ungezüglichkeit solchen Vorhabens hinzuwenden, wodurch dem Lande wie den einzelnen Gemeinden nothwendig Verwickelungen erwachsen. Die Polizeibehörden haben gegen derartige Bestrebungen nöthigenfalls nachdrücklich einzuschreiten und sofort die Anzeige zu machen.

Altona, 20. Jänner (Abends). Das "Husumer Wochenblatt" meldet: Amtmann Johannsen ist Montags von Kopenhagen zurückgekehrt; er hat das Ministerium für Schleswig ausgeschlagen. Die Husumer Kirchenvorsteher haben auf wiederholte Aufrufung den Huldigungseid verweigert.

Nach dem "Dannevirke" hat General Meza gesagt, daß die Dannewirkstellung bis zum Neuersten gehalten werden müsse.

Kiel, 20. Jänner. Der schleswig-holsteinische Verein beschloß, die Landesregierung zum Erlass eines Ausfuhrverbotes für Stroh und Heu nach Schleswig zu veranlassen. Die nach Frankfurt abgehenden 140 Landesdeputirten treffen morgen in Hamburg ein.

London, 20. Jänner. Die Bank von England hat den Discount auf acht Prozent erhöht.

London, 21. Jänner. Die heutige "Times" meldet: Dänemark macht jetzt, einem Gerüchte zu folge, ein versöhnliches Antheilen, indem es sich, vorerst natürlich nur formell, zur Novemberverfassung verpflichtet.

London, 21. Jänner. In gut unterrichteten Kreisen wird versichert, daß das dänische Kabinett habe dem heisigen erklärt, daß es Earl Russells Rath folgen und die Novemberverfassung suspendiren wolle, dagegen auf Suspendierung der Okkupation Schleswigs rechte.

St. Petersburg, 21. Jänner. (Abends.) Die amtlichen Blätter publizieren einen Klas bezüglich einer Provinzial- und Kreisvertretung Russlands, mit Ausnahme der westlichen Gouvernements, des baltischen Archangels, Astrakans und Bessarabiens.

New-York, 9. Jänner. Dem Senate liegt ein Vorschlag zur Einberufung einer Million Freiwilliger auf drei Monate, unter dem Oberbefehle des Generals Grant, vor. Die Konsöderirten vertrieben die Unionisten aus Burlington und verlassen die Nachbarschaft von Winchester und Petersburg. Johnston formirt eine Linie 35 Meilen von Chattanooga.

Theater.

Heute Samstag: Benefice des Herrn Böhm: Unsere Lehrbuben. Posse in 3 Akten. Morgen Sonntag: Die Näuber, von Friedrich v. Schiller.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Börsenbericht.

Wien, den 21. Jänner

Die Börse verfehlte in Folge der neusten Telegramme in günstiger Stimmung, und waren insbesondere 1860er-Lose und Kredit-Alten zu besseren Preisen lebhaft ge-
schlossen bei überwiegendem Ausgebot durchschnittlich mäter. Wechsel auf fremde Plätze, trotz abermaliger
als $\frac{1}{10}\%$ billiger zu haben. Von Goldsorten besonders Napoleon's reichlich offerirt und fast um 1%

Deffentliche Schuld.		Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)			
Geld	Waare	G. Böhmen	91 — 92 —
In österr. Währung	zu 5%	Steiermark	87.50 88.50
5% Anteh. v. 1861 mit Rückz. %	96. —	Kärnt., Krain u. Küst.	88 — 88.50
ehne Abschnitt 1862 %	94.40	Mähren u. Schlesien	88.50 92. —
National-Anteh. mit		Ungarn	74.20 74.60
Jänner-Goupons	5%	Tem. Ban., Kro. u. Slav.	72. — 72.50
National-Anteh. mit	80.10	Galizien	72. — 72.50
April-Goupons	80.15	Siebenb. u. Bukow.	71. — 72.50
Metalliques	72.40	„ m. d. Berl.-G. 1867	70.75 72.75
detto mit Mai-Goup.	72.45	Bentianisches Ant. 1859	5. — 93 —
detto	63.50		
mit Verlosung v. Jahre 1839	141.25		
" 1854	90. —		
" 1860 zu	500 fl.		
	92.95		
	93. —		
		Geld	Waare
		Galiz. Karl-Ludw.-Bahn	zu 200 fl. G. M.
		198.50	199. —
		428. —	429. —
		226. —	229. —
		440. —	450. —
		392. —	394. —
		153.50	154. —
		G. Pfandbriefe (für 100 fl.)	
		National- 10jährige v. 3.	
		bank auf 1857 zu 5% 102. —	102.50
		G. M. verlosbare 5. —	89.75 90.25
		Nationalb. auf 5. verlosb. 5. —	85.80 85.90
		Ungarische Boden-Credit-Anstalt zu 5% v. G.	88.50 88.75
		G. Böse (pr. Stück)	
		red.-Anstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. ö. B.	131.25 131.50
		zu 100 fl. ö. B. 136.50 137. —	
		Süd.-nor. Verb.-B. 200 " 126.80 127. —	
		Süd. Staats-, Lomb.-ven. u. centr. ital. G. 200 fl. ö. B. 500 Fr. mit Einzahlung	30.50 31. —
		247. — 248. —	93. — 94. —

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien den 22. Jänner 1864.

5% Metalliques 72.60 1860er-Anteile 93.40
5% Nat.-Anteile 80.25 Silber 120. —

Bantatien 782. — London 120.20 Kreditatien 182. — k. k. Dukaten 5.74

Geld	Waare	Geld	Waare
G. Galiz. Karl-Ludw.-Bahn	zu 200 fl. G. M.	198.50	199. —
198.50	428. —	226. —	229. —
440. —	392. —	85.80	85.90
88.50	102. —	90. —	91. —
131.25	131.50	30.50	31. —
136.50	126.80	93. —	94. —
120.20	127. —	32. —	32.50
121. —		121. —	122. —
47.75	47.85	122. —	123. —
120.20	121. —	121. —	122. —
122. —		122. —	123. —
123. —		123. —	124. —
124. —		124. —	125. —
125. —		125. —	126. —
126. —		126. —	127. —
127. —		127. —	128. —
128. —		128. —	129. —
129. —		129. —	130. —
130. —		130. —	131. —
131. —		131. —	132. —
132. —		132. —	133. —
133. —		133. —	134. —
134. —		134. —	135. —
135. —		135. —	136. —
136. —		136. —	137. —
137. —		137. —	138. —
138. —		138. —	139. —
139. —		139. —	140. —
140. —		140. —	141. —
141. —		141. —	142. —
142. —		142. —	143. —
143. —		143. —	144. —
144. —		144. —	145. —
145. —		145. —	146. —
146. —		146. —	147. —
147. —		147. —	148. —
148. —		148. —	149. —
149. —		149. —	150. —
150. —		150. —	151. —
151. —		151. —	152. —
152. —		152. —	153. —
153. —		153. —	154. —
154. —		154. —	155. —
155. —		155. —	156. —
156. —		156. —	157. —
157. —		157. —	158. —
158. —		158. —	159. —
159. —		159. —	160. —
160. —		160. —	161. —
161. —		161. —	162. —
162. —		162. —	163. —
163. —		163. —	164. —
164. —		164. —	165. —
165. —		165. —	166. —
166. —		166. —	167. —
167. —		167. —	168. —
168. —		168. —	169. —
169. —		169. —	170. —
170. —		170. —	171. —
171. —		171. —	172. —
172. —		172. —	173. —
173. —		173. —	174. —
174. —		174. —	175. —
175. —		175. —	176. —
176. —		176. —	177. —
177. —		177. —	178. —
178. —		178. —	179. —
179. —		179. —	180. —
180. —		180. —	181. —
181. —		181. —	182. —